DAS ROTE BLATT DER SPD WENTORF

#1-2021

IMMER DA!

...auch wenn´s manchmal nicht so aussieht. Schuld ist natürlich Corona - ganz im Ernst! Ende 2019 wählte die Wentorfer SPD einen neuen Vorstand, der sich viel vorgenommen hatte. Die neuen Vorsitzenden Ursula Jonca und Jan-Christoph Schultchen legten ein Programm für die Parteiarbeit vor, mit dem auch gleich gearbeitet wurde. Ziel war die Schärfung des Profils in Richtung sozialer Gerechtigkeit unter dem Motto ***„Gute Ideen sind für alle gut!“*** Es gab Marktstände - einfach so, um ins Gespräch zu kommen und natürlich, um Flagge zu zeigen. Doch pünktlich zur ersten Mitgliederversammlung, bei der die erarbeiteten Initiativen vorgestellt werden sollten, machte der Lockdown einen Strich durch alle Rechnungen. Öffentlichkeitsarbeit und der Kontakt zu den Bürgern war massiv erschwert. Alle Parteien waren gezwungen One-Way über die Presse und bezahlte Anzeigen zu kommunizieren. Der SPD-Vorstand arbeitete trotzdem. Dabei sind Initiativen herausgekommen, die zeigen, was wir meinen, wenn wir von Gerechtigkeit und sozialer Gleichheit reden über die wir auf den folgenden Seiten berichten.

Um zu verstehen, warum wir was tun, lohnt sich ein Blick auf die Präambel des SPD-Organisationstatues. Dort steht

Nur die Möve war Zeuge. Flaggezeigen an der Nordsee. Viel mehr war im Lockdown nicht möglich.

„Die SPD ist eine demokratische Volkspartei. Sie vereinigt Menschen verschiedener Glaubens- und Denkrichtungen, die sich zu Frieden, Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, zur gesellschaftlichen Gleichheit von Mann und Frau und zur Bewahrung der natürlichen Umwelt bekennen.“

Auch wenn Wentorf keine „Arbeitergegend“ ist, so ist doch hier, wie überall, der soziale Frieden eine zivilisatorische Errungenschaft, die unter Beschuss steht und die es zu verteidigen gilt. Sozialer Frieden hängt unmittelbar mit Gerechtigkeit zusammen. Schon immer gab es in der SPD ein weites Spektrum von Ideen, was unter Gerechtigkeit wohl zu verstehen sei.

Den linken Genossinnen und Genossen, für die Sozialismus etwas ist, das bis heute nie wirklich umgesetzt wurde, spielt der Zeitgeist in die Hände: Kapitalismuskritik ist im Feuilleton angekommen und wird als Füllhorn von Zukunftskonzepten verstanden. Umgekehrt steht der Neoliberalismus (der Glaube an den „Markt“) mit dem Rücken zur Wand, da seine Versprechen bis heute nicht eingelöst wurden - oder eben nur für einige Wenige. Die Vermögenskonzentration, die statt dessen stattgefunden hat, ist sozialer Sprengstoff, der durch Umverteilung entschärft werden kann. Die Vermögenskonzentration ist mittleiweile neben dem Klimawandel DAS Megathema, dem wir uns widmen müssen.

Dafür, wie Gerechtigkeit und ein soziales Miteinander bei uns in Wentorf aussehen könnten, haben wir konkrete Konzepte entworfen. Bei der Bundespartei heißt das „Soziale Politik für Dich.“ Das „Du“ soll keine Respektlosigkeit sein - ganz im Gegenteil: Genossen duzen sich - das sitzt tief.

Bundespartei und Ortsverein verbindet auch ein Verfasssungsauftrag. Die Parteien „wirken an der politischen Willensbildung mit“. Innerhalb der Partei vollzieht sich die Willensbildung von unten nach oben. Das bedeutet, dass hier bei uns im Ortsverein Strömungen und Stimmungen aufgespürt, benannt und zu Ideen verarbeitet werden. Ergebnis sind z.B. Anträge zum Bundesparteitag, von wo aus sie die Chance, zu Gesetzen zu werden, haben.

„Demokratie ist nicht die Diktatur der Mehrheit, sondern wenn jede Stimme gehört wird und in das Verhandlungsergebnis einfließt.“

So gibt es auch bei uns in der Wentorfer SPD Stimmen, die die gesamte Gesellschaftspolitik und die Ausrichtung der SPD erneuern wollen. Damit sie das tun können, haben wir die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratische Erneuerung geschaffen.

AG SOZIALDEMOKRATISCHE ERNEUERUNG

Es wurden bereits Anträge für Landes- und Bundesparteitage sowie Memos und Appelle erarbeitet. Die Mitarbeit in den AGs in der SPD ist grundsätzlich nicht an eine Mitgliedschaft gebunden. Die AGSE tagt in loser Reihenfolge und arbeitet mit dem Forum Demokratische Linke DL21 zusammen.

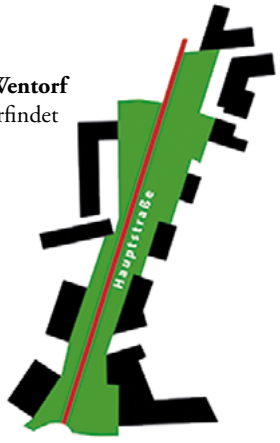
JCS

IN DIESER AUSGABE:

- SHARED SPACE - Ein neues Zentrum für Wentorf
4 Seiten Visualisierung wie Wentorf sich neu erfindet

- Verraten und verkauft:
Was passiert, wenn die SPD NICHT regiert

- Gastbeitag von Dr. Nina Scheer



FÜR EIN LEBENSWERTES WENTORFER ZENTRUM

„SHARED SPACE“

Eine humane, ökologische Verkehrsplanungsphilosophie

DIE AUSGANSLAGE:

Das Mobilitätsverhalten hat sich auch in Wentorf verändert: Mehr Menschen sind zu Fuß oder mit dem Fahrrad unterwegs. Corona hat diesen Trend noch verstärkt. Der Anteil des Fahrradverkehrs ist wesentlich größer als sein Anteil an der Verkehrsfläche, die aber nicht beliebig vermehrt werden kann. Unter Städteplaner*innen ist längst die Erkenntnis gereift, dass der Verkehrsraum neu verteilt werden muss.

Was wäre, wenn Fußgänger, Radfahrer und Autofahrer - die meisten Menschen kennen alle Perspektiven - sich auf Augenhöhe begegnen würden und sich gegenseitig achten?

Was wäre, wenn wir das gute alte „Nach Ihnen bitte!“ wiederbeleben könnten?

Das Wentorfer Zentrum um die Hauptstraße ist berühmt berüchtigt, dafür besonders autofreundlich zu sein. Dementsprechend ist sie praktisch ein einziger großer Parkplatz. Fußgänger müssen sich mit zwei Bedarfsampeln begnügen. Und die Radfahrer wurden gleich ganz vergessen. Doch selbst die eingefleischtesten Autofans würden einen Ort, in dem sie sich gerne aufhalten, einkaufen, flanieren, leben, anders beschreiben als den gegenwärtigen Zustand der Hauptstraße.

Wir werden noch länger auf Autos angewiesen sein. Aber jede Fahrt beginnt und endet irgendwo. Sicherlich will Wentorf nicht das Paradies für die Zeit zwischen Start und Ziel einer Autofahrt sein, sondern vielmehr ein Ort, an dem man gerne aussteigt. Soll Wentorf also ein Parklpatz sein?

GUT FÜR AUTOS - GUT FÜR ALLE?

Was steigert die Attraktivität eines Zentrums und damit des gesamten Ortes? Was macht das Zentrum modern und lebendig? Was bringt Lebensqualität für alle? Welche Kunden braucht das Gewerbe und welches Gewerbe brauchen die Kunden?

Gastronomie, Kultur, lokales Gewerbe, Grundversorgung wie Bücher-, Schuh- oder Weinläden. Platz zum Verweilen, Außengastronomie, Flächen für Events und Kreativtät - und ganz bestimmt Ruhe. Attraktivität setzt sich aus mehreren Faktoren zusammen. Und ja: Auch Parkpllätze gehören dazu!

Wir überlegten uns, was passieren müsste, um all dem einen Raum zu geben. Wir stießen auf ein verblüffendes Konzept, das in unserem Verkehrsrecht überhaupt nicht vorkommt, weil es „nur“ eine Planungsphilosphie ist, die mit verschiedensten Maßnahmen umgesetzt werden kann: Der Shared Space. Er wird bereits in vielen Formen und Größen umgesetzt und hat dementsprechend viele Namen.

WIKIPEDIA WEISS:

Shared Space - zu Deutsch „gemeinsamer Raum“ - bezeichnet ein Planungskonzept, nach dem vom Kfz-Verkehr dominierter öffentlicher Straßenraum lebenswerter, sicherer sowie im Verkehrsfluss verbessert werden soll. Charakteristisch ist dabei die Idee, auf Verkehrszeichen, Signalanlagen und Fahrbahnmarkierungen zu verzichten.
Gleichzeitig sollen die Verkehrsteilnehmer vollständig gleichberechtigt werden, wobei die Vorfahrtsregel weiterhin Gültigkeit besitzt. Im Gegensatz zur konventionellen Verkehrsberuhigung soll auch eine Anwendung in Hauptverkehrsstraßen möglich sein.

GLEICHES RECHT FÜR ALLE

Dass eine soziale Durchmischung stattfindet, in der jeder Verkehrsteilnehmer das gleiche Recht hat, ist für uns der sozialdemokratische Aspekt an dem Konzept. Wir versprechen uns mehr Platz für zwischenmenschliche Begegnungen. Ein Auge auf andere Verkehrsteilnehmer zu haben, sie zu verstehen oder sogar ihre Bedürfnisse vorauszuahnen, ist eine praktische Übung in Solidarität.

Der Gebrauch des Gemeingutes „Platz“ wird nicht als „Claim“ abgesteckt sondern demokratisiert. Das Auto bekommt tatsächlich mehr Platz - allerdings muss abgewogen werden, ob der Gemeinschaft das eigene Auto zugemutet werden soll. Resultat werden kürzere Parkzeiten werden, mehr Gebrauch der vorhandenen Umgehungstraße, Gebrauch von Parkplätzen um das Zentrum herum wie z.B. dem Platz hinter dem Rathaus. Viele andere Aspekte von allgemeinem Interesse lassen sich zusammen mit dem Shared-Space verwirklichen. Ökologie und Klimaschutz zum Beispiel.

TRÄUMEN WIR

Durch den Shared-Space entstehen neue, flexibel nutzbare öffentliche Räume. Ein freier Parkplatz wird immer ein freier Parkplatz bleiben. Anders der öffentliche Raum im Shared-Space: Er kann kreativ genutzt werden. Aktionen für Gewerbe und die Gastronomie werden möglich. Warum kein Popup-Biergarten am Wochenende, wo vorher ein Parkplatz war?

Viele Nutzungen sind vorstellbar, etwa als attraktive Eventfläche für Feste, Präsentationen, Aktionen. Lokale Strukturen werden gestärkt. Der Shared Space wird zur Keimzelle eines modernen, lebendigen Wentorfs, das sich dank seiner privilegierten Handlungsfähigkeit vorbildlich mit lokalen Maßnahmen an der Lösung von großen gesellschaftlichen Problemen beteiligt.

WENTORF ERFINDET SICH NEU: WAS IST DEINE IDEE FÜR DAS NEUE ZENTRUM?

TRÄUMEN WIR WEITER

Wie soll unser Zentrum aussehen und was brauchen wir, um uns wohlzufühlen? Hier kommen einige Punke, die wir diskutiert haben:

- Außengastronomie / Biergarten

- Wasserdurchlässiges Pflaster und Sickerkästen zur Entlastung der Kanalisation und Erhaltung des Grundwassers.

- Freies W-Lan auf der gesamten Fläche

- Ansiedlung von Co-Working-Spaces

- Subventionierter Gewerberaum für experimentelle Geschäftsideen und Kultur wie z.B. eine Galerie oder ein Reparaturcafé

- Boules-Bahn

- Mehr Grün, Bäume, Wasser, Sitzgelegenheiten im Schatten

- Ausschliesslich Kurzzeitparkplätze

- Fahrradreparaturstation mit Druckluft

- Literaturcafé mit Außenfläche in der Bücherei.

- Ankauf von Immobilien durch die Gemeinde zur Einrichtung eines Veranstaltungsraumes

- 24/7-Tante-Emma-Laden (TEO)

- Ausdehnung des Konzeptes auf andere Bereiche Wentorfs

- ...

GUTE IDEEN SIND FÜR ALLE GUT

Manchem wird auch Kritik einfallen und es wird sicherlich auch grundsätzliche Bedenken geben. Wir haben schon Einwände gehört wie „...und was ist mit den Parkplätzen?“ Wer bis hierhin gelesen hast, kennt die Antwort (ALLES ist gleichzeitig auch Parkplatz).

Wir von der SPD haben als Wentorfer Bürger eine Idee für Wentorf präsentiert, von der Jede und Jeder auf die eine oder andere Weise profitieren würde. So hat z.B. das ansässige Gewerbe in bisherigen Shared-Spaces profitiert. Attraktivität einer Gemeinde wirkt sich steigernd auf die Grundstückspreise aus - wenn man eine Erhöhung derselben denn als positiv werten will.

Der ökologische Aspekt ist nicht zu unterschätzen: Ein beruhigter Verkehr produziert weniger Emissionen. Alternative Verkehrsmittel werden gefördert, Stärkung lokaler Strukturen reduziert Verkehr. Es gibt mehr Platz für Grün, Regenwasser könnte vor Ort versickern. Natürliche, regionale Baustoffe könnten Verwendung finden.

DASS DIE KLINKERZIEGEL ROT SIND, IST ZUFALL:-)

Wir haben schon in der Vergangenheit für die Idee des Shared-Space geworben. Bei den Diskussionen wurde deutlich, wie groß der Wunsch nach einer Verkehrsberuhigung der Wentorfer Hauptstraße ist. Dass es mit einer 30-Zone nicht getan ist, erleben wir täglich.

VERRATEN UND VERKAUFT

Wohnungen zu sozialverträglichen Mieten

Am 30.06.2011 beschloss die Wentorfer Gemeindevertretung den Verkauf der gemeindeeigenen Wohnungen in der Hamburger Landstraße 19a-h und am 9.12.2011 den Verkauf ihres Wohnungsbestandes im Reinbeker Weg und in der Gorch-Fock-Straße. Vergeblich hatten sich die Sozialdemokraten gegen diesen Beschluss gewehrt und immer wieder auf die Gefahren hingewiesen, die dem örtlichen Wohnungsmarkt dadurch drohen.

Und es kam, wie es kommen musste. Noch nicht einmal ein Jahr später griff das Hamburger Abendblatt die inzwischen offensichtlich gewordenen Probleme mit den Wohnungen auf. In einem Artikel mit der Überschrift

„Vierfache Miete nach Modernisierungsmaßnahmen"

wurde berichtet, dass der neue Eigentümer umfassende Modernisierungsmaßnahmen angekündigt habe, durch die die Mieten explosionsartig erhöht werden.

Und noch kurz vor dem Weihnachtsfest erschien ein Artikel hierzu in der BZ mit der Überschrift „Wohnung weg: Kündigung drei Tage vorm Fest". Es ging dabei wieder einmal um die Wohnungen am Reinbeker Weg. Hier erhielten Mieter*innen ausgerechnet drei Tage vor dem Fest ihre Kündigung mit der Aufforderung, spätestens am 30. September auszuziehen. Und schließlich erschien am 14.Januar erneut in der Bergedorfer Zeitung ein Artikel, der die Problemlage für die Mieter*innen sowohl in den Wohnungen der Hamburger Landstraße als auch in denen des Reinbeker Weges schilderte. Parallel dazu berichteten auch andere Zeitungen - so unter anderem „Der Reinbeker" - über diesen Sachstand.

Es geschah genau das, was wir vorausgesagt und vor dem wir gewarnt hatten. Alle guten Vorsätze und Zusagen waren vergessen. Die Mieten stiegen! Das Problem, das mit dem Verkauf der gemeindeeigenen Wohnungen einherging, bestand nicht nur in den schon kurzfristig erhöhten Mieten. Man vergab damit zugleich die jahrelang genutzte Möglichkeit, über die Mieten dieses Wohnungsbestandes auf den Mietspiegel Wentorfs zugunsten der Mieter*innen Einfluss zu nehmen! Das war nicht jedem recht.

Nun ist dieses Geschehen 10 Jahre her und man fragt sich natürlich, welche Bedeutung es denn heute noch für uns hat. Die Erklärung ist einfach: Es gibt Güter, die so bedeutsam sind, dass man nur behutsam und sozialverträglich mit ihnen umgehen darf. Dazu gehört zweifellos der Umgang mit der Beschaffung und Bewirtschaftung von Wohnraum.
Diese Verpflichtung trifft im besonderen Maße den Staat – also den Bund, das Land und die Kommunen.

Fehler kann es dabei natürlich geben, aber sie sollten beseitigt und nicht auch noch verschärft werden. In diesem Fall kam einige Jahre später der nächste Schlag für die Wentorfer Mieter*innen. Von der inzwischen neuen Kieler Regierungsmehrheit von CDU, Grünen und FDP wurde die geltende Mietpreisbegrenzung (die sogenannte Kappungsgrenzenverordnung) abgeschafft, ein „rechtliches Instrument zur Regelung des Anstiegs der Wohnungsmieten bei einem angespannten Wohnungsmarkt", und das, obwohl auch das Kieler Innenministerium durch ein Mietengutachten festgestellt hatte, dass in der Gemeinde Wentorf bereits ortsüblich sehr hohe Mietpreise gefordert wurden.

Der Mieterbund schrieb dazu: *"…Die Landesregierung von Schleswig-Holstein hat sich jedoch als bisher einziges Bundesland dazu entschieden, die Mietpreisbremse vorzeitig zum 30.11.2019 abzuschaffen. Diese Entscheidung war ein großer Fehler, insbesondere unter dem Gesichtspunkt, dass die Mietpreisbremse zum 01.01.2019 nachgebessert wurde.*

*Hinzu kommt, dass die Bundesregierung im Oktober 2019 beschloss, dass die Mietpreisbremse bis 2025 verlängert werde und Mieter*innen zukünftig das Recht haben, überzahlte Mieten der letzten 30 Monate zurückzuverlangen. Versprochene Alternativen, die zu einem sofortigen Schutz der Mieter*innen in Schleswig-Holstein führen würden, liegen nicht vor und sind auch nicht in Sicht…"*

Und jetzt zeichnen sich weitere einschlägige Probleme ab. „Der Hamburger Wohnungsmarkt – und dazu gehört auch Wentorf – bleibt angespannt und jetzt wird auch noch das Bauland knapp", schreibt die Wochenzeitung DIE ZEIT und stellt fest: *„…Großstädte ziehen Menschen an, die ein Dach über dem Kopf benötigen und weniger zahlungskräftige Mieter*innen verdrängen"* und führt weiter aus *„Niedrige Zinsen und vergleichsweise gute Geschäftsaussichten für Vermieter treiben die Preise für Häuser und Wohnungen in die Höhe und in der Folge auch die Mieten…"*

Der Wohnungsmarkt ist wieder in Bewegung und nicht nur die Bundes- und Landespolitik sind in der Verantwortung, Preisgrenzen aufzuzeigen und durchzusetzen. Auch die Gemeindepolitik ist aufgefordert, ihre Möglichkeiten zu nutzen, um für eine Entspannung auf dem Wohnungsmarkt zu sorgen. Andere Gemeinden verbinden mit der Genehmigung von Neubauten beispielsweise die Schaffung von Wohnungen zu sozialverträglichen Mieten.
Auch die Planung und der Bau von gemeindeeigenen Wohnungen wäre ein Weg. Es gilt auch, die Fehler der Vergangenheit zu beseitigen!

WW

Die Idee der SPD : Neue Wohnungsgemeinnützigkeit

Fast 150 Jahre bis 1989 gab es in Deutschland eine gemeinnützige Wohnungswirtschaft, die preiswerten Wohnraum für eine breite Schicht der Bevölkerung schuf und erhielt. Nach dem Wegfall dieser Wohnungsgemeinnützigkeit gehören heute immer mehr Wohnungsunternehmen großen Finanzinvestor*innen oder sind börsennotiert. Die Folge ist ein mehr rendite- statt sozialorientierter Wohnungsbau. Das will die SPD ändern. Sie will eine „neue Wohnungsgemeinnützigkeit" einführen und damit ein „zusätzliches, nicht gewinnorientiertes Segment auf dem Wohnungsmarkt" fördern.

Dazu soll auch das Vorkaufsrecht für Kommunen zu fairen Preisen gestärkt werden. Wohnungsneubau, Nachbesserung der Mietpreisbremse sind weiter Programmpunkte. All das werden wir gerne bei uns in Wentorf auf die Agenda setzen!

DR. NINA SCHEER FÜR WAHLKREIS 10

„Soziale Politik für Dich in Wentorf"
Ein Gastbeitrag von Dr. Nina Scheer

Seit 2013 vertrete ich für die SPD den Wahlkreis 10, Herzogtum Lauenburg / Stormarn-Süd, im Deutschen Bundestag. Als Direktkandidatin zur Bundestagswahl am 26. September 2021 trete ich an, die politische Arbeit im Sinne von „Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität", den Grundwerten der Sozialdemokratie, fortzusetzen zu dürfen.

Ein Kernbereich meiner bisherigen politischen Arbeit ist der Einsatz für eine zu beschleunigende **Energiewende.** Ohne einen schnellst-möglichen Umstieg auf Erneuerbare Energien wird das 1,5-Grad-Ziel des Klimaschutzabkommens von Paris nicht mehr zu halten sein – mit fatalen Folgen. Deutschland hat hierbei insbesondere als Industrienation eine besondere Verantwortung: Bei uns angewandte Zukunftstechnologien, etwa zur Gewinnung von Erneuerbaren Energien und Wasserstoff, haben dabei weltweite Ausstrahlungswirkung. Wir brauchen deutlich mehr Erneuerbare Energien - verstärkt in der Hand von Bürger:innen, Genossenschaften, Kommunen und Stadtwerken, Landwirt:innen und Unternehmen, denn hier kann die Energiewende unter Beteiligung der Menschen vor Ort unmittelbar umgesetzt werden. Dies wurde bislang von CDU/CSU ausgebremst.

Foto: Kai Treffan

Der Erhalt unserer Lebensgrundlagen sowie gesunde Ernährung für alle erfordern nachhaltige Landwirtschaft. Hierfür muss Umwelt- und Sozialdumping bekämpft werden.

„Gesunde Lebensmittel dürfen kein Luxus, sondern müssen allgemeiner Standard sein"

Nach wie vor werden aber auch durch die Direktzahlungen in der Landwirtschaft noch Fehlanreize nach dem Motto „Masse statt Klasse" gesetzt. Gesunde Lebensmittel dürfen kein Luxus, sondern müssen allgemeiner Standard sein. In diesem Sinne hat sich auch der SPD-Kreisverband Herzogtum Lauenburg für die Überwindung der „Zwei-Klassen-Ernährung" ausgesprochen.

Gleiches gilt im sozialen Bereich: Faire Entlohnung und gute Arbeitsbedingungen müssen Pflicht sein. Nachhaltig und unter fairen Arbeitsbedingungen hergestellte Lebensmittel müssen günstiger sein, als solche, die Mensch und Umwelt belasten. Gleiches sollte sich im Sinne von „Gemeinwohlökonomie" als Ausgestaltung von sozial-ökologischer Marktwirtschaft generell und für alle Produktionen gelten.

Daseinsvorsorge stärken und Solidarsysteme in Gesundheit und Rente schaffen: Alle müssen einen gleichberechtigen Zugang zu best- und schnellstmöglicher medizinischer Versorgung erhalten. Aus diesem Grund bedarf es einer Bürgerversicherung, in der alle den gleichen Zugang zu den besten Leistungen haben. Schließlich wird auch die medizinische Ausbildung durch die Allgemeinheit finanziert und ohne die Breite der gesetzlich Versicherten funktioniert auch das System der privaten Krankenversicherungen nicht. Gesundheitsversorgung nach höchster Qualität für alle funktioniert nur über ein Solidarsystem: die Bürgerversicherung. Auch für die Rente muss ein Solidarsystem geschaffen werden, in das alle einzahlen und aus dem alle eine auskömmliche Rente ziehen können.

Sicherheits- und Friedenspolitik
Die Friedenspolitik des 21. Jahrhunderts hat viele Aufgabenfelder. Zu diesen zählt die Überwindung der weltweiten Abhängigkeit von (endlichen) fossilen Ressourcen, die bei Verknappung unweigerlich zu Energiearmut und weiteren Kriegen führen wird sowie die Bekämpfung von Fluchtursachen, darunter mehr denn je der Klimawandel und dessen Folgen. Sicherheitspolitik der Zukunft und Energiewende- sowie Klimaschutzpolitik gehören untrennbar zusammen. Aber auch die fortschreitenden Bedrohungen durch Cyberangriffe, die sensible Infrastrukturen, wie etwa die Stromversorgung treffen können, bedürfen verstärkt politischer Antworten. Sicherheits- und Friedenspolitik muss hierbei an den Ursachen ansetzen und im digitalen Netz auf wirksame Abwehr setzen. Letzteres verlangt auch nach staatlichem Knowhow und technologischer Unabhängigkeit Deutschlands und Europas.

Längst hat ein neuer Rüstungswettlauf eingesetzt, der auch die Frage nach der **Bewaffnung von Drohnen** aufwirft. Ich bin der Überzeugung, dass sich Deutschland nicht an der Bewaffnung von Drohnen beteiligen sollte, da mit ihnen den Erfahrungen nach ein Absinken der Hemmschwelle beim Töten von Menschen und Einsatzformen verbunden sind, was mit dem Selbstverständnis der Bundeswehr als Verteidigungsarmee nicht vereinbar wäre. Der Schutz unserer Soldatinnen und Soldaten ist dann nicht gewährleistet, wenn militärische Einsätze eine Verschärfung terroristischer Bedrohungslagen mit sich bringen, wie dies in Folge von Einsätzen mit bewaffneten Drohnen bereits beobachtet wurde.

Wer ist Nina Scheer?
Mit meiner Tochter lebe ich im Kreis Herzogtum Lauenburg, einer ins Herz geschlossenen Heimat. Ich bin Juristin (Erstes Staatsexamen 2001 in Bonn), Politikwissenschaftlerin (Promotion 2008 in Leipzig) sowie Musikerin, Hauptfach Violine (Examen 1996 in Essen). Nach studienbegleitender beruflicher Tätigkeit als Musikerin und Tätigkeit als Wissenschaftliche Mitarbeiterin eines Bundestagsabgeordneten war ich von 2007 bis 2013 Geschäftsführerin des Bundesverbandes UnternehmensGrün e.V. (heute Bundesverband für Nachhaltige Wirtschaft) und hatte verschiedene Lehraufträge (Universität Leipzig; Hochschule für Wirtschaft und Recht, Berlin). Seit 2013 vertrete ich für die SPD den Wahlkreis Herzogtum Lauenburg / Stormarn-Süd im Deutschen Bundestag.

Als Bundestagsabgeordnete bin ich Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, Mitglied im Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz, stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie, stellvertretendes Mitglied im Beirat der Bundesnetzagentur und des Kuratoriums der Stiftung „Fonds zur Finanzierung der kerntechnischen Entsorgung" sowie stellvertretende Vorsitzende des Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung und Vorsitzende des Beirats Energie des Verbraucherzentrale Bundesverband.

Zudem bin ich Vorstand der Hermann-Scheer-Stiftung (Ehrenamt) und Mitglied der Grundwertekommission beim SPD-Parteivorstand sowie Kreisvorsitzende der SPD Herzogtum Lauenburg. Buchveröffentlichungen zu energie- und handelspolitischen Themen. Geboren bin ich 1971 in Berlin; aufgewachsen in Stuttgart und im Rheinland.

Für weitere Informationen: **www.nina-scheer.de**.

KEINE ZEITUNG OHNE WERBUNG

Die Vorsitzenden der Wentorfer SPD Ursula Jonca, Jan-Christoph Schultchen und MdB Nina Scheer stellen die neuen Plakate vor.

An unseren regelmässigen Marktständen im Casinopark werden wir unser Zukunftskonzept für ein lebenswertes Zentrum vorstellen, erklären und hoffentlich mit Ihnen darüber ins Gespräch kommen. Wir freuen uns auf Ideen, Kritik und natürlich Unterstützung.

Bei einer ersten Vorstellung des Konzeptes kam der spontane Einwand: „Was ist mit den Parkplätzen? Ich kaufe nicht ein, wo ich nicht parken kann!“ Dieser automobilistische Schnappreflex lässt ahnen, daß noch viel Aufklärung zu leisten und manche Diskussion zu führen ist.

Damit fangen wir nun an, um am Ende einen ausgereiften Vorschlag machen zu können, in dem alle ihre Vorteile erkennen können. Denn es bleibt dabei: Gute Ideen sind nicht rot, schwarz oder grün sondern gut für alle!

TERMINE

- **21 August:** Marktstand der SPD im Casinopark.

Zu Gast: Dr. Nina Scheer, MdB von 10:45-12:15

- **28 August:** Marktstand der SPD im Casinopark.
- **4 September:** Marktstand der SPD im Casinopark.
- **11 September:** Marktstand der SPD im Casinopark.
- **18 September:** Europäische Mobilitätswoche 2021 mit „Markt der Möglichkeiten“ vor dem Rathaus.
- **25 September:** Marktstand der SPD im Casinopark.
- **26 September Bundestagswahl**

NICHT WITZIG

Impressum:
Angaben gemäß § 5 TMG: SPD-Ortsverein Wentorf bei Hamburg c/o Jan-Christoph Schultchen, Obere Bahnstrasse 20, 21465 Wentorf bei Hamburg und Ursula Jonca, Berliner Landstrasse 24e, 21465 Wentorf.
Fon: +49 171 780 730 9
E-Mail: moin@jan-schultchen.de

Verantwortlich für den Inhalt nach § 55 Abs. 2 RStV: Jan-Christoph Schultchen, Obere Bahnstrasse 20, 21465 Wentorf bei Hamburg und Ursula Jonca, Berliner Landstrasse 24e, 21465 Wentorf.